

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin –  
Stadt der Frauen

Haus der Demokratie  
Greifswalderstr. 4

10405 Berlin



Sehr geehrte Abgeordnete,

die hier unerzeichnenden Fraueninitiativen und Verbände unterstützen das einstimmige Votum des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 31. März 2004 sowie die Forderung der Bundestagsabgeordneten Christel Humme und Kerstin Griesse (SPD), Maria Eichhorn (CDU), Irmingard Schewe-Gerigk (Bündnis90/DIE GRÜNEN) und Ina Lenke (FDP) nach einem Ende der Diskriminierung von Frauen bei der staatlich bezuschussten Altersversorgung, wie sie in der gemeinsamen Presseerklärung vom 1.4.2004 zum Ausdruck kommt.

Anlässlich der für den 28. April angesetzten Abstimmung im deutschen Bundestag zu Unisextarifen bei der Riester-Rente, bitten wir Sie darum, selbst für eine Unisexregelung zu stimmen und auf ihre männlichen Kollegen einzuwirken, Ihrem Beispiel zu folgen.

Angesichts der Absenkung des Rentenniveaus werden private Zusatzversicherungen - wie zum Beispiel die Riester-Rente - für viele Frauen zunehmend notwendig. Zur Zeit müssen sie jedoch bei diesen Anlageformen, im Gegensatz zur Pflegeversicherung, einen bis zu 15 Prozent höheren Beitrag als Männer zahlen. Diese Tatsache verstößt gegen das deutsche Grundgesetz (Art. 3 Abs. 2 und 3) sowie EU Vertragsrecht (Art. 141 Abs. 1 und 2 EG Vertrag). Obendrein fehlt jegliche wissenschaftlich fundierte Rechtfertigungsgrundlage, da andere Faktoren (z. B. Familienstand, Rauchen und Ernährungsgewohnheiten oder sozioökonomische Faktoren) und nicht das Geschlecht, für die statistisch höhere Lebenserwartung von Frauen verantwortlich sind. Frankreich und die Niederlande, gehen Deutschland mit gutem Beispiel voran. In diesen Ländern legen die Versicherer für die staatlich bezuschusste private Alterssicherung Unisextarife zugrunde.

Mit frauenfreundlichen Grüßen

die Unterzeichnerinnen (s. Liste)

Es unterzeichnen (in alphabetischer Reihenfolge):

Mechthild Rawert für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)  
Arbeitskreis „Feministische Politik“ der PDS-Fraktion  
Heike Gerstenberger für die Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Berlins  
Berliner Frauenbund 1945 e. V.  
Bundesarbeitsgemeinschaft Berufliche Perspektiven für Frauen  
BAG e.V.  
Brigitte Triems für den Demokratischen Frauenbund e. V.  
Deutscher Juristinnenbund  
Deutscher Staatsbürgerinnen-Verbandes e.V.  
Anke Domscheit für das European Women's Management Development Network (Deutschland)  
Ulrike Helwerth für den Journalistinnenbund  
Landesfrauenrat Berlin  
Liberalen Frauen  
Runder Tisch der Berliner Frauenqualifizierungs-, Beschäftigungs-,  
Beratungs- und Existenzgründungsprojekte  
Carola von Braun für die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen  
Astrid Landere für das Berliner FrauenNetzwerk